

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thomas Stephan, Gerrit Huy, Carsten Becker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 21/4560 –**

Zahlungen der gesetzlichen Krankenversicherung an mitversicherte Familienangehörige in EU- bzw. EWR-Staaten, der Schweiz, der Türkei, den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens und Tunesien

Vorbemerkung der Fragesteller

Familienangehörige von in Deutschland gesetzlich Krankenversicherten können in EU- bzw. EWR-Staaten (EWR = Europäischer Wirtschaftsraum) oder Abkommensstaaten mitversichert werden, wenn sie dauerhaft dort wohnen. Voraussetzung ist, dass sie selbst nicht erwerbstätig sind und keine eigene Rente beziehen.

Die Abrechnungen der Gesundheitsleistungen erfolgen in den in EU- bzw. EWR-Staaten nach tatsächlicher Leistung mittels des EU-Formulars S1 (www.krankenkassen.de/download/media/5182/S1_Informationen%20zum%20Vordruck%20S1_Prozent20und%20zu%20seiner%20Verwendung.pdf) direkt zwischen der deutschen und der zuständigen Krankenkasse im Ausland. Für die übrigen Abkommensstaaten gibt es pauschale Zahlungsvereinbarungen. In der Türkei können auch Eltern anspruchsberechtigt sein, wenn sie nicht selbst versichert sind, nicht berufstätig sind und über kein eigenes Einkommen oder Eigentum verfügen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Verlegen in Deutschland gesetzlich krankenversicherte Personen gemeinsam mit ihren Familienangehörigen den Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) sowie Island, Liechtenstein, Norwegen (Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums – EWR-Staaten), die Schweiz oder in das Vereinigte Königreich, richtet sich die Familienversicherung nach den Rechtsvorschriften des Wohnstaates. Bleibt die Familienversicherung bei einer deutschen gesetzlichen Krankenkasse bestehen, haben Familienangehörige im Wohnstaat einen Anspruch auf alle Sachleistungen, deren Kosten nach den geltenden Rechtsvorschriften des Wohnstaates übernommen werden. Hierzu wird von der deutschen gesetzlichen Krankenkasse als Anspruchsbescheinigung das Portable Dokument S1 ausgestellt.

Darüber hinaus ist in Sozialversicherungsabkommen, die die Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten geschlossen hat, teilweise vereinbart, dass im Ausland lebende Familienangehörige eines in der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten im Krankheitsfall Leistungen der Krankenversicherung ihres Wohnsitzstaates erhalten. Die der Krankenversicherung des Wohnsitzstaates hierdurch entstehenden Kosten sind von der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung zu erstatten. Für Deutschland bestehen mit Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Türkei und Tunesien Sozialversicherungsabkommen, die auch den Bereich der Krankenversicherung umfassen. Im Verhältnis zu Marokko sind die Regelungen über die Sachleistungsaushilfe nicht in Kraft gesetzt worden. In Bezug auf Kosovo ruht die Leistungsaushilfe.

Damit nicht in jedem einzelnen Behandlungsfall eine verwaltungsaufwändige Abrechnung mit der Krankenversicherung des Wohnsitzstaates durchgeführt werden muss, bieten die Sozialversicherungsabkommen die Möglichkeit, die der Krankenversicherung des Wohnsitzstaates der Familienangehörigen durch die Erbringung der Sachleistungsaushilfe entstehenden Kosten durch monatliche Pauschbeträge zu erstatten. Im Fall der Türkei sowie Bosnien und Herzegowina erfolgt dies in Form von familienbezogenen Monatspauschalbeträgen.

1. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die jährliche Belastung der gesetzlichen Krankenkassen an die zuständigen Krankenkassen der jeweiligen EU- bzw. EWR- sowie an Drittstaaten im Rahmen von Sozialversicherungsabkommen (bitte jährlich seit 2010 nach Staat aufschlüsseln)?

Nach Angaben des GKV-Spitzenverbandes Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA) ergeben sich für die Jahre ab 2010 für die deutschen Krankenkassen die beigefügten Kosten (in Euro) für die EU/EWR-Staaten, dargestellt in der beigefügten Anlage 1 und Abkommensstaaten, der beigefügten Anlage 2. Aufgeführt ist die Summe der im jeweiligen Jahr vom jeweiligen Staat eingereichten Forderungen nach tatsächlichem Aufwand sowie der Kosten für die im jeweiligen Jahr angefallenen pauschalen Forderungen aus dem Ausland, sofern diese Abrechnungsart dort genutzt wurde. Für die Jahre 2024 und 2025 ist der Abrechnungsprozess mit den Abkommensstaaten noch nicht abgeschlossen. Für Serbien liegen Zahlen erst ab dem Jahr 2012 vor. Für die Jahre ab 2017 läuft der Abrechnungsprozess mit Montenegro noch. Gegenüber Tunesien bestehen lediglich deutsche Forderungen.*

2. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittliche jährliche Belastung der gesetzlichen Krankenkassen pro mitversicherten Familienangehörigen, der an die zuständigen Krankenkassen der jeweiligen EU- bzw. EWR-Staaten oder als Sachleistungshilfe an die Abkommensstaaten gezahlt wurde (bitte jährlich seit 2010 nach Staat aufschlüsseln)?

Der Bunderegierung liegen hierzu keine Daten vor. Aus den Abrechnungen der ausländischen Stellen geht der Status des Leistungsempfängers oder der Leistungsempfängerin in der Regel nicht hervor.

* Von einer Drucklegung der Anlagen wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/4905 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

3. In welchen Ländern erfolgt nach Kenntnis der Bundesregierung die Abrechnung ausschließlich pauschal, und welche Pauschalbeträge gelten derzeit pro Familie oder Angehörigem (bitte jährlich seit 2010 nach Staat aufschlüsseln)?

Eine ausschließlich auf Pauschalen basierende Kostenabrechnung erfolgt nach Kenntnis der Bundesregierung mit keinem EU/EWR-Staat oder Abkommensstaat.

4. Nach welchen Kriterien werden nach Kenntnis der Bundesregierung Pauschalen festgelegt und angepasst?

Die Vereinbarung der Höhe der Pauschalbeträge wird kalenderjährlich vorgenommen. Die Verfahren und die Kriterien zur Festlegung und zur Anpassung der Pauschalen sind für die EU/EWR-Staaten in den Artikeln 63 – 65 Verordnung (EG) Nr. 987/2009 sowie im Beschluss S11 der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit vom 9. Dezember 2020 festgelegt. Nach Artikel 64 Verordnung (EG) Nr. 987/2009 wird für jeden forderungsberechtigten Mitgliedstaat der monatliche Pauschalbetrag pro Person (F_i) für ein Kalenderjahr ermittelt, indem die Jahresdurchschnittskosten pro Person (Y_i) nach Altersklasse (i) durch 12 geteilt und das Ergebnis um einen Faktor (X) gekürzt wird: $F_i = Y_i * 1/12 * (1-X)$.

Für die Abkommensstaaten finden sich entsprechende Verfahrensbeschreibungen in der Regel in den Sozialversicherungsabkommen oder in den jeweiligen Verbindungsstellenvereinbarungen.

5. Welche Aufgaben übernimmt nach Kenntnis der Bundesregierung die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung Ausland bei der Koordination und Abrechnung von Gesundheitskosten von in EU- bzw. EWR-Staaten oder in Abkommensstaaten lebenden mitversicherten Familienangehörigen?

Nach § 219 a Absatz 1 Satz 3 Nummer 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) übernimmt die DVKA die Kostenabrechnung mit in- und ausländischen Stellen. Diese Aufgabe umfasst die Abrechnung von Kosten, die für Sachleistungen bei Krankheit für Familienangehörige von in Deutschland versicherten Personen anfallen, die sich vorübergehend oder dauerhaft in einem EU/EWR-Staat oder einem Abkommensstaat aufhalten. In diesem Zusammenhang nimmt die DVKA die Kostenrechnungen aus dem Ausland entgegen und übermittelt diese an die zuständigen deutschen gesetzlichen Krankenkassen, die die Forderungen prüfen und über die Verbindungsstelle im Ausland begleichen. Ferner unterstützt die DVKA die deutschen gesetzlichen Krankenkassen bei der Klärung von strittigen Forderungen. Dabei erfolgt die Abrechnung der oben genannten Leistungen auf Grundlage der in Artikel 35 Verordnung (EG) Nr. 883/2004 sowie in den Artikeln 66 – 69 Verordnung (EG) Nr. 987/2009 und im Beschluss S11 der Verwaltungskommission für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit vom 9. Dezember 2020 festgelegten Abrechnungsverfahren oder entsprechend der Vorschriften zur Kostenabrechnung, die in den Sozialversicherungsabkommen beziehungsweise Verbindungsstellenvereinbarungen mit den Abkommensstaaten hinterlegt sind.

6. Wie viele Ausländer aus EU- bzw. EWR-Staaten oder Abkommensstaaten sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland gesetzlich krankenversichert (bitte jährlich seit 2010 nach Nationalität, pflichtversichert, freiwillig versichert, mitversicherten Familienangehörigen in Deutschland aufschlüsseln)?

Eine vollständige Erfassung der gesetzlich krankenversicherten Personen aufgeschlüsselt nach Nationalitäten erfolgt nicht. Der Bundesregierung liegen die beigefügten Daten der anliegenden Anlage 3 zur Nationalität von ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor. Es handelt sich ausschließlich um Pflichtmitglieder. Angaben zur freiwilligen Versicherung und zur Familienversicherung liegen nicht vor.*

7. Wie viele Angehörige von in Deutschland gesetzlich krankenversicherten Ausländern sind nach Kenntnis der Bundesregierung in EU- bzw. EWR-Staaten oder in Abkommensstaaten mitversichert (bitte jährlich seit 2010 nach Nationalität, Ehepartner, Kindern bis 18 Jahre, Kinder nbis 23 Jahre ohne Einkommen, Kindern bis 25 Jahre in der Schul- oder Berufsausbildung, ohne Altersgrenze wegen einer Schwerbehinderung, Eltern aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Daten vor.

8. Welche Kontrollmechanismen (z. B. Existenzprüfungen, Wohnsitzprüfungen oder Einkommensnachweise) werden nach Kenntnis der Bundesregierung angewendet, wie oft erfolgen Prüfungen, und welche lokalen Behörden sind nach Kenntnis der Bundesregierung für Kontrollen zuständig (bitte nach Staat aufschlüsseln)?

Sofern sich der Kreis der anspruchsberechtigten Familienangehörigen nach den Rechtsvorschriften des Wohnstaates richten, ist es Aufgabe des Wohnsitzstaates, das Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen zu überprüfen. Richtet sich der Kreis der anspruchsberechtigten Familienangehörigen nach deutschem Recht, erfolgt eine Prüfung durch die deutschen gesetzlichen Krankenkassen. Die Krankenkassen haben grundsätzlich jährlich zu prüfen, ob und für welche Familienangehörigen des Mitglieds die Voraussetzungen für die Durchführung der Familienversicherung gegeben sind. Von der jährlichen Bestandspflege kann in bestimmten Fällen abgesehen werden (zum Beispiel bei Kindern ohne Einkommen vor dem vollendeten 18. Lebensjahr). In diesen Fällen erfolgt die Prüfung spätestens alle drei Jahre.

9. In wie vielen Fällen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung eine Mitversicherung von Familienangehörigen in EU- bzw. EWR-Staaten oder in Abkommensstaaten abgelehnt (bitte jährlich seit 2010 nach Staat und Ablehnungsgrund aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Daten vor.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/4905 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

10. Wie viele Ausländer sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland über die Europäische Krankenversicherungskarte (EHIC) bei einer Krankenversicherung ihres Herkunftslandes versichert (bitte jährlich seit 2010 nach Nationalität aufschlüsseln)?

Mit der Europäischen Krankenversicherungskarte (EHIC – European Health Insurance Card) erhalten gesetzlich krankenversicherte Personen aus den Mitgliedstaaten der EU sowie aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz während eines vorübergehenden Aufenthaltes in einem anderen Staat (zum Beispiel im Urlaub) medizinisch notwendige Sachleistungen. Die EHIC wird von dem zuständigen Krankenversicherungsträger im Heimatland ausgestellt. Versicherte aus dem Vereinigten Königreich erhalten eine Global Health Insurance Card (GHIC). Personen sowie ihre Familienangehörigen, die in einem der oben genannten Staaten gesetzlich krankenversichert sind und ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen, erhalten für ihre medizinische Versorgung im Wohnstaat das Portable Dokument S1. Da die EHIC bei vorübergehenden Aufenthalten genutzt wird, liegen der Bundesregierung keine Informationen dazu vor, wie viele Personen aus anderen Staaten in Deutschland über die EHIC bei einer Krankenversicherung ihres Herkunftslandes versichert sind.

11. Wie viele in Deutschland lebende Familienangehörigen von in EU- bzw. EWR-Staaten oder in Abkommensstaaten krankenversicherten Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung über eine dortige Familienversicherung in Deutschland krankenversichert (bitte jährlich seit 2010 nach Nationalität, Ehepartner, Kindern, Eltern aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Daten vor.

Anlage 1 – Tabelle zur Antwort auf Frage 1 - Kleinen Anfrage 21/4560

Jährlich Kosten (in Euro) für die gesetzlichen Krankenkassen aufgeschlüsselt nach EU/EWR-Staaten:

Jahr	Österreich	Belgien	Bulgarien	Schweiz	Zypern	Tschechien	Dänemark	Estland	Spanien	Finnland
2010	79.584.025	4.604.939	8.143	37.164.302	16.198	3.492.244	-	3.467	65.775.022	309.958
2011	101.235.048	10.131.437	57.931	47.741.519	-	3.930.311	2.708.354	-	78.413.785	346.854
2012	103.252.546	10.069.000	-	37.161.013	40.525	4.966.901	2.276.979	-	77.336.305	1.124.432
2013	109.587.668	10.255.794	115.184	42.560.109	215.963	5.659.084	2.877.121	151.256	74.412.348	1.183.478
2014	85.108.084	9.873.449	308.714	41.935.387	163.253	6.312.767	2.356.460	152.508	74.933.134	1.063.740
2015	147.827.498	10.267.803	236.484	40.624.668	128.934	11.465.603	3.057.453	92.885	78.182.721	1.536.219
2016	129.127.346	11.606.295	278.879	57.423.159	132.302	12.167.637	2.000.768	124.627	80.298.822	1.280.604
2017	130.413.708	11.852.334	438.539	36.488.966	138.196	16.710.580	5.232.728	108.921	82.142.654	1.822.592
2018	133.696.307	12.090.876	540.669	60.791.206	162.020	20.819.196	4.113.206	172.489	84.616.763	850.020
2019	139.046.245	13.252.859	805.674	48.107.262	149.830	25.921.102	2.964.206	223.252	88.095.326	1.336.039
2020	142.486.627	6.540.848	268.908	45.460.894	344.993	27.605.170	5.390.708	84.547	89.122.541	1.249.387
2021	121.077.686	20.773.900	2.291.223	45.597.604	219.606	25.003.925	4.990.275	73.937	81.908.517	1.214.614
2022	140.005.598	14.699.970	1.838.735	60.869.977	296.577	47.179.709	5.830.447	306.932	90.405.800	927.487
2023	184.974.437	17.016.501	2.699.124	67.991.564	80.750	57.420.200	7.480.827	160.123	106.788.194	1.817.361
2024	204.418.221	19.065.059	3.770.719	75.353.675	42.481	63.836.105	8.833.536	601.813	41.989.351	2.248.506
2025	185.524.295	20.329.634	5.597.539	80.377.792	164.421	69.068.079	10.420.299	459.562	47.414.381	2.342.936

Jahr	Griechenland	Kroatien	Ungarn	Irland	Island	Italien	Liechtenstein	Litauen	Luxemburg	Lettland
2010	25.110.523	19.596.532	954.601	22.059	-	80.506	-	-	-	-
2011	38.691.266	19.173.863	2.056.802	34.825	-	35.969.172	42.318	-	-	-
2012	19.253.236	20.491.615	1.105.700	143.869	110.943	30.471.143	45.428	-	2.314.210	-
2013	13.246.038	10.234.814	2.089.393	242.475	241.964	15.186.818	-	96.726	4.528.289	-
2014	19.648.667	21.144.624	2.136.451	585.886	394.175	21.599.883	156.980	133.637	2.615.637	31.379
2015	1.843.547	17.521.945	3.061.013	768.600	421.815	31.462.190	21.426	201.948	2.437.073	21.021
2016	19.036.709	24.410.883	4.283.833	1.132.163	501.502	33.951.594	136.767	85.847	3.467.458	30.183
2017	17.606.651	22.591.115	4.451.671	945.981	695.398	49.512.179	117.767	299.816	2.812.659	41.514
2018	10.687.982	23.771.634	5.474.032	2.108.433	662.843	18.587.639	136.566	339.017	3.340.013	62.276

Anlage 1 – Tabelle zur Antwort auf Frage 1 - Kleinen Anfrage 21/4560

Jahr	Griechenland	Kroatien	Ungarn	Irland	Island	Italien	Liechtenstein	Litauen	Luxemburg	Lettland
2019	98.691.463	28.082.639	4.242.374	1.555.033	377.952	57.130.198	144.878	433.074	3.170.282	69.764
2020	25.343.820	28.538.221	5.192.597	1.782.977	338.101	19.665.345	163.301	606.775	5.086.175	75.457
2021	18.134.747	31.263.527	6.200.216	1.543.081	133.181	49.244.071	173.517	1.051.892	5.413.335	85.157
2022	20.657.135	36.591.556	5.402.502	1.728.018	901.794	10.382.815	170.339	1.258.643	3.253.086	464.438
2023	20.624.278	40.433.475	8.050.370	221.529	396.489	51.050.544	371.719	2.130.960	5.695.222	223.236
2024	30.569.612	35.065.709	4.805.162	165.045	1.377.078	38.118.361	425.932	2.035.700	6.558.795	262.217
2025	22.597.086	51.520.180	9.746.342	240.383	1.117.317	43.573.354	472.780	2.607.366	6.142.196	180.522

Jahr	Malta	Niederlande	Norwegen	Polen	Portugal	Rumänien	Schweden	Slowenien	Slowakei
2010	52.443	47.118.020	376.832	426.117	6.994.032	95.982	2.312.222	623.518	325.467
2011	71.073	25.791.516	447.556	6.964.965	10.126.113	48.131	1.868.271	5.875.529	486.946
2012	89.646	19.557.915	439.733	9.197.332	6.879.823	175.187	6.412.088	4.628.111	554.965
2013		38.559.762	2.765.500	10.155.290	4.980.072	124.730	7.282.491	4.214.765	1.278.228
2014	68.013	33.713.303	2.435.730	12.368.920	6.441.500	129.113	6.956.060	4.536.891	1.519.983
2015	68.635	50.352.945	2.482.600	15.507.889	4.523.912	200.896	8.003.521	5.084.655	1.303.026
2016	76.062	50.069.342	2.832.001	19.072.517	9.995.238	206.523	7.890.525	5.158.482	2.689.472
2017	129.314	45.712.845	1.790.717	24.628.434	9.758.860	221.631	7.665.684	5.223.462	2.496.488
2018	164.762	36.393.793	2.931.183	27.602.623	14.388.367	389.924	8.857.122	5.529.485	3.172.968
2019	173.601	43.752.788	3.747.846	25.713.634	7.717.796	384.442	7.124.852	5.859.073	3.666.063
2020	211.830	46.285.015	3.029.066	43.774.505	6.679.158	406.532	11.338.282	6.141.172	3.919.998
2021	108.001	38.260.491	1.434.407	35.166.589	9.393.304	1.045.566	7.990.301	7.101.544	4.436.662
2022	375.099	29.764.743	1.948.480	45.881.588	1.714.357	820.834	10.483.303	8.346.702	4.830.084
2023	215.728	-	3.228.225	70.620.216	3.019.656	1.159.972	6.318.562	8.824.926	6.230.511
2024	524.826	56.330.398	4.491.353	108.759.263	3.803.004	1.263.889	6.816.264	11.479.611	8.119.377
2025	525.664	63.403.585	3.877.028	132.234.849	2.400.718	1.879.710	7.957.986	12.620.650	8.014.998

Anlage 2 – Tabelle zur Antwort auf Frage 1 - Kleinen Anfrage 21/4560

Jährliche Kosten (in Euro) für die gesetzlichen Krankenkassen aufgeschlüsselt nach Abkom-
mensstaaten:

Jahr	Bosnien und Herzegowina	Montenegro	Nordmazedonien	Serbien	Türkei
2010	6.050.882	149.162	587.290	-	34.887.815
2011	8.208.853	139.067	633.571	-	30.726.060
2012	8.406.154	371.306	592.494	1.499.140	70.886.259
2013	7.924.674	246.388	657.627	2.376.591	44.759.411
2014	8.881.640	132.856	848.323	2.284.027	54.113.584
2015	9.004.238	160.443	646.641	2.602.435	29.550.204
2016	6.629.088	154.267	729.779	2.093.800	8.784.976
2017	8.065.126	-	864.618	2.646.299	71.288.321
2018	9.783.975	-	961.683	3.122.814	54.725.725
2019	9.743.581	-	961.679	3.594.441	30.742.029
2020	9.356.644	-	1.092.799	4.453.290	10.709.048
2021	8.862.025	-	797.650	4.446.373	10.563.700
2022	9.717.644	-	1.023.770	5.445.636	13.135.465
2023	11.895.819	-	1.081.515	6.406.850	13.432.009

Anlage 3 – Tabelle zu Antwort auf Frage 6 - Kleinen Anfrage 21/4560

Gesetzlich versicherte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgeschlüsselt nach Nationalitäten:

Jahr	Griechenland	Italien	Portugal	Spanien	sonstige EU	Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien	Türkei
2010	84.703	185.533	45.115	30.992	342.479	189.334	497.850
2011	83.328	171.880	41.276	29.139	342.330	168.616	482.332
2012	91.706	178.323	44.129	32.807	423.167	224.633	488.792
2013	99.647	185.509	47.317	39.241	492.713	225.334	484.359
2014	106.304	196.814	49.679	45.471	560.931	241.975	482.883
2015	114.300	214.939	52.789	50.499	678.638	275.348	497.669
2016	121.664	226.323	55.425	54.079	751.522	328.189	504.472
2017	128.326	237.324	57.401	56.194	808.517	378.854	518.138
2018	136.219	250.616	58.717	58.433	1.464.318	276.035	534.390
2019	140.129	257.475	59.201	59.893	1.566.021	304.799	537.938
2020	135.722	246.927	57.817	58.037	1.549.002	316.133	512.884
2021	140.083	253.277	59.724	62.843	1.665.110	333.778	524.561
2022	144.784	259.816	61.187	67.573	1.747.485	370.255	539.635
2023	146.014	260.933	62.257	70.517	1.819.487	403.209	547.947
2024	143.337	259.041	62.837	72.853	1.820.056	429.382	557.911

